

Kommunale Finanzkrise – steigende Grundsteuern – was steckt dahinter?

Der Rat der Gemeinde Nörvenich hat den Hebesatz für die Grundsteuer B für das Jahr 2017 auf 790 Punkte festgelegt und im Haushaltssanierungsplan für 2018 - 2021 mit 910 Punkten geplant. Ein Durchschnittshaushalt hatte bei 391 Punkten im Jahr 2010 noch 312€ zu zahlen. Im Jahr 2017 liegt dieser Betrag aufgrund der 790 Punkte bei 632€. Eine erhebliche Mehrbelastung von 320€.

Auch wenn die Grundsteuersätze in NRW eine große Bandbreite abbilden, ist die Tendenz doch überall steigend. Eine Ursache liegt darin, dass das Land den Kommunen Aufgaben überträgt, ohne für die notwendige Finanzierung der Aufgabenwahrnehmung zu sorgen. Zudem werden die vorhandenen Mittel vom Land ungerecht verteilt, indem städtische Gebiete bevorzugt und der ländliche Raum benachteiligt wird – das sagen Experten:

Quelle: FAZ 20.04.2016 v. Jan Hauser

„Neben der Wirtschaftsstruktur kommt es auch auf die jeweilige Landesregierung an. Nordrhein-Westfalen hat hingekommen, dass seine Kommunen strukturell unterfinanziert sind“, sagt der Freiburger Ökonom Lars Feld. Die Länder haben die Kommunalaufsicht: Sie müssten dafür sorgen, dass die Kommunen sich nicht übermäßig verschulden. Allerdings setzen die Bundesländer diese Aufgabe sehr unterschiedlich um. „Wenn Kommunen übermäßig verschuldet sind, hat das jeweilige Bundesland daran eine Mitschuld“, sagte Feld, der Direktor des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg ist und dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den „Wirtschaftswesen“, angehört. „Wir haben enorme Unterschiede zwischen Bundesländern und einzelnen Städten, deren Finanzen zum Teil sehr gut und zum Teil desaströs sind.“

Quelle: Bund der Steuerzahler NRW vom 27.09.2016

Prekäre Kommunalfinanzen trotz blendender Steuereinnahmen

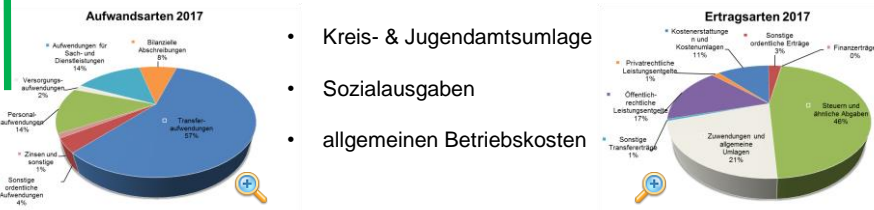
„Rund 10,6 Milliarden Euro schüttet das Land im kommenden Jahr an die Kommunen aus. Das ist mehr als jemals zuvor. Doch die Verteilung der Mittel hält der BdSt NRW für nicht gerecht. Seine Kritik richtet sich gegen die so genannte „Einwohnerveredelung“. Nach dieser Regelung erhalten Kommunen in Ballungsgebieten höhere Zuweisungen als Kommunen auf dem Land, weil sie angeblich höhere Infrastrukturkosten haben. Das sieht der BdSt NRW anders. In der Regel profitieren Großstädte gerade aufgrund der Ballung von Kostenvorteilen. Ihre Kosten für Wasser-, Abwasser- und Straßennetz sind in der Regel niedriger als in kleineren Kommunen.“

Die Grundsteuern A und B sowie die Gewerbesteuer sind die wesentlichen von einer Gemeinde beeinflussbaren Einnahmequellen. Diese wurden aber seit Jahren in Nörvenich nicht auskömmlich erhoben weshalb ein erheblicher Schuldenberg entstanden ist.

Stärkungspakt Kommunalfinanzen: Der Rat der Gemeinde Nörvenich hat 2012 beschlossen, dass es ein "Weiter so!" mit der jährlichen Erhöhung des Schuldenberges der Gemeinde nicht mehr geben darf. Durch einstimmigen Beschluss ist die Gemeinde dem Stärkungspakt Kommunalfinanzen beigetreten, der die Kommune verpflichtet aufzuzeigen, wie sie spätestens ab 2018 keine neuen Schulden mehr macht. Als Sanierungshilfe erhält die Kommune im Zeitraum von 2013 bis 2020 zusätzliche Gelder vom Land, die dann schon nicht mehr aus kommunalen Steuern erhoben werden müssen. Für die Gemeinde Nörvenich sind das über alle Jahre verteilt rd. 4,2 Mio €. Gleichzeitig unterwirft sich die Gemeinde damit aber der strengsten nur möglichen Haushaltskontrolle, durch gleich zwei Kommunalaufsichtsbehörden, den Kreis Düren und die Bezirksregierung Köln. Ab 2018 muss der Haushaltsausgleich da sein und die Rückzahlung der Schulden beginnen. Das kontrollieren die Aufsichtsbehörden sehr streng. Ausnahmen gibt es keine.

Im Zuge dessen beschloss der Rat massivste Einsparungen und die stufenweise Erhöhung der kommunalen Steuern auf 910 Punkte ab 2018.

Leider sind die Ausgaben seit dem Jahr 2012 wesentlich gestiegen, ohne dass die Gemeinde dies beeinflussen konnte. Gestiegen sind etwa die:



- Kreis- & Jugendamtsumlage
- Sozialausgaben
- allgemeinen Betriebskosten

Diese Verschlechterungen wurden nicht etwa durch weitere Anhebungen der Steuersätze über das vom Jahr 2012/2013 geplante Maß hinaus ausgeglichen, sondern durch nachhaltige zusätzliche Einsparungen.

Warum haben im Kreis Düren manche Kommunen niedrigere Grundsteuersätze als die Gemeinde Nörvenich ?

Die Kommunen haben unterschiedliche Voraussetzungen. Manche sind z.B. vom Tagebau betroffen und erhalten vom Tagebaubetreiber ganz erhebliche Gewerbesteuerzahlungen. Andere verfügen über S-Bahnanschluss und Autobahnanschluss zu den Ballungszentren, wodurch deutliche höhere Grundstückspreise zustande kommen. Menschen die sich diese Grundstückspreise leisten können, haben oft vergleichsweise hohe Einkommen und zahlen entsprechend mehr Lohnsteuer, so dass auch der Gemeindeanteil an der Lohnsteuer in Summe höher ausfallen kann. Auf der Kostenseite macht es einen großen Unterschied, ob die Einwohner auf 14 Orte verteilt sind, oder z.B. auf 4 (Anzahl Feuerwehrgereätehäuser, Sportplätze, Länge der Gemeindestraßen, ...). Nörvenich verfügt über 9 Feuerwehrgereätehäuser, 17 gemeindeeigene Sport- u- Bolzplätze, 38 Km Gemeindestraßen, Neffeltalhalle, ... - der Unterhalt der gesamten kommunalen Infrastruktur kostet viel Geld.

Keine Gewinne aus Gebühren!!!

Völlig unabhängig von Haushalt und dem dafür nötigen Steueraufkommen sind die sog. Gebührenhaushalte zur Straßenreinigung, Abfall- und Abwasserbeseitigung. Diese sind ausschließlich kostendeckend zu kalkulieren. Dies bedeutet, dass die Gemeinde aus diesen Abgaben keinerlei Überschüsse zur Deckung des Gesamthaushaltes erwirtschaften darf. Sollten etwaige Überschüsse oder Fehlbeträge auftreten, sind diese in der Zukunft anzurechnen.

Die letzten Gebührenerhöhungen gab es in der Gemeinde Nörvenich im Jahr 2011. In den letzten 5 Jahren wurden die Gebühren sogar teilweise gemindert.

Die Erhöhung von Gebühren im Jahr 2017 liegt ausschließlich in gestiegenen Kosten (z.B. der Abfallentsorgung) begründet.

Nicht vergessen werden sollten an dieser Stelle die gebührenfreien Leistungen wie freie Kita-Jahre, welche es vielerorts nicht gibt.

Ohne Weiterentwicklung keine Zukunft!

Trotz der vorgenannten Darstellungen ist es nicht so, dass die Kommunen selbst gar nichts tun können, um ihre Situation zu verbessern. Mit der Ausweisung neuer Gewerbeflächen und der Ansiedlung von Betrieben, kann die Einnahmehasis aus der Gewerbesteuer gestärkt werden.

Mit der Schaffung neuer Wohngebiete kann die Anzahl der Haushalte, welche u.a. über die Grundsteuer für die Fixkosten einer Kommune aufkommen, erhöht und somit auch der Anstieg der Grundsteuer B gebremst werden. In diesen Dingen ist die Gemeinde sehr aktiv.

Ein Vergleich!

Die Stadt Köln ist mit einem Grundsteuer B Hebesatz von 515 Punkten eine der am meist verschuldeten Städte NRWs, mit einer Pro Kopf Verschuldung von rd. 4.800€ (Nörvenich rd. 1.500€). Eine Fortsetzung dieser Verschuldungspolitik ist nur ein Aufschub für die Steigerung der Hebesätze.